

Kinderrechte im Fokus: Bundesregierung plant entschlossene Maßnahmen!

Die Katholische Jungschar fordert rasche Maßnahmen zum Schutz von Kinderrechten in Österreich, betont die Notwendigkeit von Kindergrundsicherung und Kinderschutz.



Wien, Österreich - In einem leidenschaftlichen Appell hat die Katholische Jungschar der österreichischen Bundesregierung zur zügigen Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Kinderrechte aufgerufen. Die Präsidentin der Organisation, Martina Erlacher, lobte die geplanten Reformen, insbesondere die Einführung einer Kindergrundsicherung, die als entscheidender Schritt im Kampf gegen Kinderarmut angesehen wird. Angesichts der alarmierenden Zahl von fast einem Viertel der Kinder, die von der steigenden Teuerung betroffen sind, betonte Erlacher die Notwendigkeit, die Grundsicherung nicht nur schnell, sondern auch nachhaltig und umfassend zu gestalten. Laut den Forderungen sollten alle Kinder in

Österreich, unabhängig von Herkunft oder Status, von dieser Unterstützung profitieren. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch des Überlebens in einer sich zunehmend verschlechternden wirtschaftlichen Lage, wie [kathpress.at](#) berichtete.

Umfassende Reformen für benachteiligte Kinder

Gleichzeitig zeigt der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, wie drängend diese Maßnahmen sein müssen. Rund 20% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, was sich massiv auf ihre Lebensqualität auswirkt. Der Aktionsplan, der im Juli 2023 beschlossen wurde, will durch etwa 350 Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Betreuung sicherstellen, dass besonders benachteiligte Kinder Zugang zu den notwendigen Ressourcen erhalten. Zu den zentralen Initiativen gehört auch das KiTa-Qualitätsgesetz, das die frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern soll. Dies wurde in einer umfassenden Beteiligung von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft entwickelt und ist ein dynamisches Instrument, um den sich verändernden Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, so [bmfsfj.de](#).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beiden Ländern die bedeutende Herausforderung steht, die Rechte ihrer jüngsten Bürger durch klare und deutlich umgesetzte Maßnahmen zu schützen und zu stärken. Dies ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine dringliche soziale Verantwortung, die nicht aufgeschoben werden darf.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • www.bmfsfj.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at